

NACH DEN ZÜRCHER WAHLEN *Das Hoffen der Grünliberalen und die Grenzen der SVP.*

Jetzt wittern die Grünliberalen Morgenluft

Die Grünliberalen wollen nun auch auf nationaler Ebene punkten. Mit klugen Köpfen und klarem Profil liegt einiges drin. Das hat der Landesring der Unabhängigen einst bewiesen.

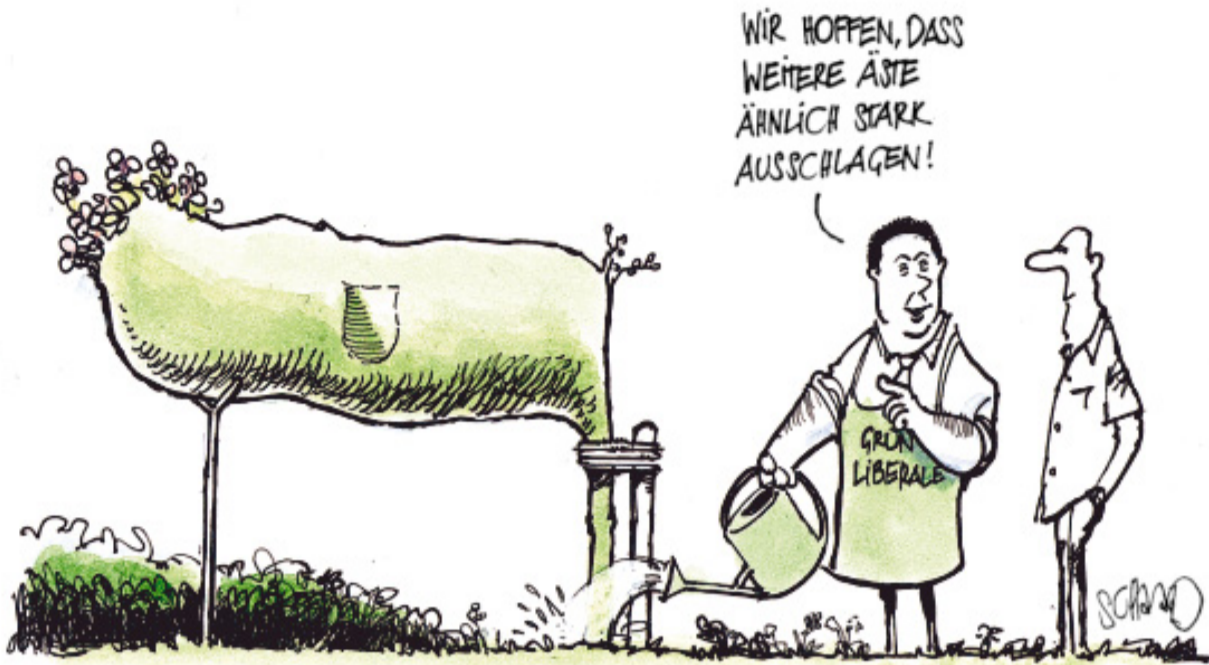
Von **Annetta Bundi, Bern**

Die Überraschung ist perfekt: Die vor drei Jahren gegründete Grünliberale Partei des Kantons Zürich hat am Wochenende auf Anhieb zehn Sitze gewonnen. Die liberal-ökologische Ausrichtung kommt bei der Bevölkerung ganz offensichtlich gut an. Es erstaunt daher nicht, dass die Partei ihr Gedankengut nun auch in andere Regionen tragen will. «Wir sondieren, was sich in den Kantonen Aargau, St. Gallen, Graubünden und Schwyz machen lässt», sagt Co-Präsident Martin Bäumle. «Zudem möchten wir bis zum Sommer auf nationaler Ebene eine Partei aus der Taufe heben.»

Der Zürcher Wahlerfolg gibt den Grünliberalen Auftrieb. «Er zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind», sagt Bäumle. «Wir stehen für einen gesunden Staatshaushalt und ökologische Anliegen ein. Das wird von vielen geschätzt.» Die Grünliberalen sind denn auch überzeugt, nicht nur ökologisch denkende Linke gewonnen zu haben, denen die SP zu gewerkschaftsnah ist, sondern auch Bürgerliche, die sich um die Umwelt sorgen.

Unbehagen wächst auch in Romandie

Dass in diesem Segment einiges drin liegt, hat sich im letzten Jahr bereits im Kanton Bern abgezeichnet. Dort legte die Grüne Freie Liste stark zu. Obwohl der Grosse Rat verkleinert wurde, gelang es ihr, vier zusätzliche Sitze zu erringen und mit Bernhard Pulver erstmals einen ihrer Vertreter in die Regierung zu hieven. Die Grüne Freie Liste entstand 1983, als der Freisinn Leni Robert fallen liess. Dass sie inzwischen mit dem gewerkschaftlich orientierten Grünen Bündnis fusioniert hat, tut der Popularität offenbar keinen Abbruch. «Eine liberale Grundhaltung hat



auch auf der linken Seite des politischen Spektrums Platz», sagt Pulver. Angesichts des Zürcher Resultats hofft er, dass die Grüne Partei – unter deren Dach die Freie Liste seit der Fusion politisiert – liberalen Anliegen künftig mehr Gewicht schenken wird. «Dann können wir landesweit einen Wähleranteil von 15 Prozent erreichen.»

Dieser Optimismus kommt nicht von ungefähr. Schliesslich lässt sich die wachsende Unterstützung ökologischer Anliegen auch in der Romandie beobachten: Die 2003 gegründete Bewegung Ecologie libérale wird bei den Nationalratswahlen im Herbst in Neuenburg, im Wallis und im Waadtland mit eigenen Listen antreten. Sie ist aus dem bürgerlichen Komitee herausgewachsen, das sich seinerzeit für die Anti-Atom-Initiative eingesetzt hat. «Die Mitglieder unserer Bewegung sind allesamt im bürgerlichen Milieu verankert», sagt deren Präsidentin Isabelle Chevalley. «Wirtschaft und Ökologie sind keine Ge-

gensätze», ist sie überzeugt. «Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten kann man für die Umwelt viel erreichen.»

Mit Nonkonformisten zum Erfolg

Die Chancen der Ökoliberalen, sich auf nationaler Ebene zu etablieren, stehen nicht schlecht: Dem von Gottlieb Duttweiler gegründeten Landesring der Unabhängigen ist es in den 1960er-Jahren gelungen, fast 10 Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinen. Entscheidend dafür waren zum einen die wirtschaftsliberalen und konsumentennahen Grundsätze, die von der Partei vertreten wurden. Zum anderen punktete sie mit ökologischen Themen – so etwa mit dem Kampf gegen die Rheinaukraftwerke.

Es gelang ihr auch, Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft für die Politik zu gewinnen. Dazu gehörten der Künstler Max Bill, der Kabarettist Alfred Rasser,

der Schriftsteller Felix Moeschlin oder die beiden renommierten Professoren Walter Muschg und William Rappard. «Nun treten die Grünliberalen unser Erbe an», freut sich Walter Biel, der von 1967 bis 1991 für den Landesring im Nationalrat sass. «Es ist schön zu sehen, dass die Wähler grünliberale Themen wieder honorieren», doppelt Professor Franz Jaeger nach, der die Partei 1986 mit Vorschlägen wie dem Benzinrappen auf einen ökoliberalen Kurs einschwor. «Ich bin überzeugt, dass hier ein grosses Potenzial schlummert.»

Ob es bei den Nationalratswahlen im Herbst voll ausgeschöpft werden kann, hängt von den Gesprächen unter den grünen Parteien ab. Das Verhältnis zwischen den Grünliberalen des Kantons Zürich und der Grünen Partei ist immer noch getrübt. Dass die Liberalen unter ihr Dach schlüpfen werden, ist daher unwahrscheinlich. Lieber stellen sie jetzt eine eigene Partei auf die Beine – und schärfen so ihr Profil.

Die SVP scheint ihren Zenit erreicht zu haben

Die SVP ist jetzt auch in den Kantonen die stärkste Partei. Sie kann aber nicht mehr so massiv zulegen wie in früheren Jahren. Dort, wo sie schon gross ist, verliert sie zum Teil gar.

Von **Iwan Städler**

Die kantonalen Wahlen sind ein wichtiger Gradmesser für die Gunst der nationalen Parteien. Analysiert man die Resultate, so lässt sich der Ausgang der Nationalratswahlen vom Herbst in etwa abschätzen. Nachdem am Sonntag auch Zürich gewählt hat, liegen nun die Ergebnisse aller wesentlichen Kantone vor. Einzig die beiden Appenzell stehen in dieser Legislatur noch aus. Sie sind aber für eine nationale Betrachtung ohnehin sekundär, da dort

nur beschränkt nach Parteizugehörigkeit gewählt wird.

Gewichtet man alle kantonalen Sitze gleich stark, erscheint die SVP als grosse Gewinnerin (siehe Tabelle). Sie hat sich seit 2003 vom vierten auf den ersten Platz vorgekämpft. Obwohl die Kantone Aargau, Bern, Solothurn, Freiburg und Waadt die Sitzzahl der Parlamente beträchtlich reduziert haben, verfügt die SVP heute über exakt gleich viele Mandate wie vor vier Jahren. Alle anderen Bundesratsparteien haben Sitze verloren. Am meisten den FDP, die vom ersten auf den vierten Rang abgestürzt ist. Auch die CVP büsste Sitze ein, vermochte sich aber auf dem zweiten Platz zu halten.

Nun sagen aber Sitzzahlen allein wenig aus. Denn ein Sitz im bevölkerungsarmen Obwalden ist national betrachtet deutlich weniger wert als ein solcher in Zürich. Die Universität Genf hat deshalb einen Index entwickelt, der die Sitzzahlen auf Grund

der Bevölkerungsgrösse gewichtet. So können die Parteistärken in den Kantonen mit jenen der Nationalratswahlen verglichen werden.

Auch hier steht die SVP an der Spitze (siehe Grafik). Eine genauere Betrachtung zeigt aber, dass sie an ihre Grenzen stösst: Nachdem sie von 1995 bis 1999 ihre kantonalen Parteistärke noch um fast 4 Prozent und von 1999 bis 2003 um gegen 5 Prozent steigern konnte, legte sie in dieser Legislatur nur noch um 0,3 Prozent zu.

Die Analyse der Uni Genf zeigt weshalb, indem sie zwei Typen von Kantonen unterscheidet: jene, in welchen die SVP schon vor 2003 über 20 Prozent der Sitze hielt. Und jene, in welchen sie vor vier Jahren noch schwach war. Dabei zeigt sich, dass die SVP dort, wo sie bereits stark ist, kaum mehr zulegen kann und zum Teil gar Sitze verliert – etwa in Bern, Aargau und Zürich. Unter dem Strich hat sie in diesen Kantonen an Parteistärke verloren.

Verteilung der kantonalen Sitze

	Ende 2003	Apr 11 2007
SVP	100	500
CVP	022	555
SP	177	531
FDP	020	524
Grüne	131	190

In den Kantonen Aargau, Bern, Solothurn, Freiburg und Waadt wurden Sitzzahlen reduziert.
FAO Grafik / Quelle: QS

Weiterhin auf der Gewinnerseite ist die SVP hingegen dort, wo sie 2003 noch wenig vertreten war – etwa in der Romandie. Hier legt sie nach wie vor im altbekannten Ausmass zu. «Doch je mehr die SVP in diesen Kantonen wächst, desto eher dürfte sie auch hier an ihre Grenzen stossen», glaubt Daniel Bochsler von der Uni Genf.

Deutlich grössere Probleme hat die zweitplatzierte SP: Sie konnte der SVP bis im letzten Jahr noch dicht auf den Fersen folgen. Seither ist sie aber zurückgefallen – wobei sie nirgendwo so massiv verloren hat wie in Zürich. Hier, wo enttäuschte SP-Wähler mit den Grünliberalen eine glaubwürdige Alternative hatten, mussten die Sozialdemokraten ein Drittel ihrer Sitze abgeben. Mit entsprechend dramatischen Folgen für die Parteistärke: Sie sackte über alle Kantone betrachtet auf 21,1 Prozent ab.

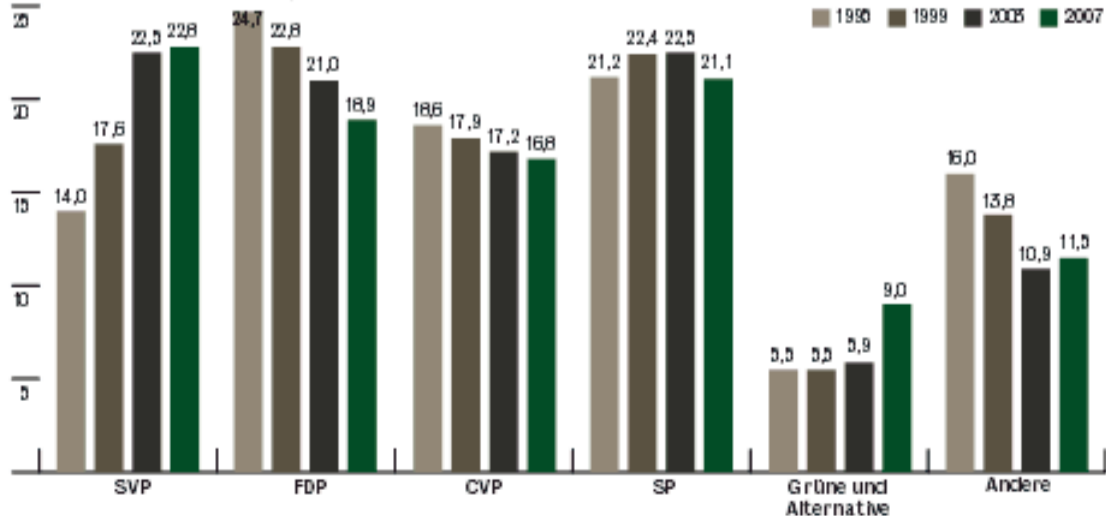
Die CVP bleibt auf der Verliererseite

In der ersten Legislaturhälfte vermochten noch SP und Grüne zuzulegen. In der zweiten Hälfte gewannen die Grünen vor allem zu Lasten der SP. Die Ökopartei profitiert vom zunehmenden Umweltbewusstsein und kommt inzwischen – ohne die Grünliberalen – auf eine Parteistärke von 9 Prozent. Damit konnte sie ihren Anteil von 2003 um die Hälfte steigern.

Auf der Verliererseite steht vor allem die FDP. Sie ist von 21,0 auf 18,9 Prozent abgesackt, womit sie aber immer noch vor der CVP liegt. Diese hat in den letzten vier Jahren deutlich weniger verloren als auch schon. Auf die Gewinnerstrasse sind die Christlichdemokraten aber – trotz Doris Leuthard – noch nicht zurückgekehrt.

Wie sich die Parteistärken über alle Kantone hinweg entwickelten

Gewichtete Sitzanteile in den Kantonsparlamenten, in Prozent



Wähleranteil Nationalratswahlen 2003	26,7	17,3	14,4	23,3	7,9	8,2
Trend für Wahlen 2007	↗	↘	↘	↘	↗	↗

FAO Grafik / Quelle: Universität Genf

Noch mehr Verkehrspersonal zum Drogentest

Nicht nur das Personal der SBB muss zum Drogentest antraben. Das Bundesamt für Verkehr plant Zwangstests für alle Personen mit Sicherheitsaufgaben im öffentlichen Verkehr.

Von **Helmut Stalder**

Mitte März hatte ein Bericht des Nachrichtenmagazins «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens für Aufsehen gesorgt. Die unter 40-jährigen Mitarbeiter der SBB mit Sicherheitsfunktionen – Lokführer, Kondukteure, Rangier- und Gleisarbeiter – werden im Rahmen eines routinemässigen Gesundheitschecks auf Alkohol und Drogen untersucht. Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte Hanspeter Thür und der Arbeitsrechtler Thomas Geiser von der Universität St. Gallen reagierten damals skeptisch und sahen die Gefahr, dass solche Zwangstests zu stark ins Privatleben des SBB-Personals eingriffen.

Nun zeigen Recherchen des «Tages-Anzeigers», dass die Drogentests noch weitergehen sollen: Der Bundesrat hat bereits Anfang März einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der Zwangstests für eine grosse Zahl von Personen im öffentlichen Verkehr vorsieht. Die Bestimmungen sind in einem Paket der Bahnreform 2 untergebracht und wurden unter dem unscheinbaren Titel «Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr (RöVE)» bereits dem Parlament zugeleitet.

Urin, Schweiß, Haare, Fingernägel

«Im Gegensatz zum Strassenverkehr bestehen für die Eisenbahnen keine gesetzlichen Vorschriften bezüglich Alkohol- und Drogenmissbrauch. Da die Verantwortung des sicherheitsrelevanten Personals im öffentlichen Verkehr sehr gross ist, können entsprechende Gefährdungen nicht toleriert werden», heisst es in den Erläuterungen. Die Bestimmungen bilden die gesetzliche Grundlage für die bereits in die Eisenbahnverordnung aufgenommene Regelung über die Prüfung für Triebfahrzeuglenker. Allerdings soll zugleich erreicht werden, dass entsprechende Tests überall im öffentlichen Verkehr möglich werden. «Ziel des Gesetzes ist es, dass alle Personen mit sicherheitsrelevanten Aufgaben im gesamten öffentlichen Transportwesen erfasst werden», sagt Davide Demicheli vom Bundesamt für Verkehr. Die Bestimmungen sollen also nicht nur für die SBB gelten, sondern auch für entsprechende Personen bei allen anderen Bahnunternehmen sowie bei Bussen, Schiffen und Luftseilbahnen.

Neu sollen zur «Feststellung der Dienstfähigkeit» systematische Atemalkoholkontrollen zulässig sein, auch ohne Verdacht. Verhalten sich Personen beim Dienstantritt auffällig, können weitere Tests angeordnet werden. Vorgesehen sind Proben von Blut, Urin, Speichel, Schweiß sowie Analysen von Haaren und Nägeln. Die Rückschlüsse auf den Konsum von Alkohol, Medikamenten und Drogen zulassen. Personen, bei denen eine Dienstunfähigkeit festgestellt wird, werden für eine gewisse Zeit von sicherheitsrelevanten Tätigkeiten ausgeschlossen.

Rubrikinserate

Autos/ Nutzfahrzeuge	45
Bildung/ Kurse	54
Boote	46
Büro/ Multimedia	35
Erotik	46
Ferien/ Reisen	54
Finanzen/ Geschäfte	34
Immobilien Miete	38
Büro-/ Gewerbeimm. Miete	44
Immobilien Kauf	28
Büro-/ Gewerbeimm. Kauf	-
Kultur/ Veranstaltungen	54
Kunst/ Antiken	-
Marktplatz	8
Mitteilungen	20
Privatmarkt	35
Todesanzeigen	20
www-Adressen	-
Zweiräder	46
Impressum	23

Auskünfte Inserate, Tel. 044 248 41 11
 Inseratensannahme:
 Tel. 044 248 41 41, von 7.30 bis 18.00 Uhr
 Fax 044 248 41 91
 E-Mail: insetat@tamedia.ch
www.insetat.ch